DAS MAGAZIN DER GEWERKSCHAFT PRO-GE

Glück auf!

Fair schmeckt einfach besser

Nachhaltigkeit in aller Munde: Marketing-Schiene oder kann es die Welt verändern?

PRO-GE

Inhalt:

GLOBALE FAIRNESS

Nachhaltigkeit und Fairtrade: Können trotz unterschiedlicher Interessen alle Beteiligten davon profitieren? Seiten 4–9



THEMA ARBEITSZEIT

Mehr als 300 Betriebsrätlnnen nahmen an der Arbeitszeitkonferenz der PRO-GE teil. Eine eindeutige Mehrheit unterstützt die Forderung nach kürzeren Arbeitszeiten. Seite 10



ENGAGEMENT GEGEN GEWALT

Jede fünfte Frau in Österreich ist von Gewalt betroffen. Gemeinsam mit dem Bundeskriminalamt informieren die PRO-GE-Frauen mit einer Broschüre, was dagegen unternommen werden kann. Seite 13



ERFOLG FÜR GEWERK-SCHAFTSJUGEND

Auch die rund 10.500 Lehrlinge in überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen werden künftig einen Jugendvertrauensrat wählen können. Seite 16



"Sportgummi" hat Generationen von ÖsterreicherInnen durch die Kindheit begleitet. Wir haben uns angesehen, wie die traditionsreiche Süßigkeit (die auch Erwachsene begeistert) hergestellt wird.





ALLES WAS RECHT IST!

Überstunden gehören für die meisten ÖsterreicherInnen zum beruflichen Alltag. Die Gesetzeslage zu diesem Thema erklärt Rechtsexperte Robert Hauser. Seite 20

IMPRESSUM:

Glück auf! – Zeitschrift für Mitglieder der Gewerkschaft PRO-GE. ZVR-Nr.: 576439352. Herausgeber: Österreichischer Gewerkschaftsbund, Gewerkschaft PRO-GE, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, (01) 534 44-69. Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1; Tel. (01) 662 32 96-0, Fax (01) 662 32 96-39793, E-Mail: office@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at. Redaktion (glueckauf@proge.at): Mathias Beer, Claudia Granadia, Karin Prokop, Wolfgang Purer, Irene Steindl, Barbara Trautendorfer, Robert Wittek. MitarbeiterInnen: Michael Gehmacher, Robert Hauser, Doris Jonas-Witzeneder. Grafik & Layout: Peter-Paul Waltenberger, Niki Menger (Titel). Fotos: PRO-GE, Fotolia, Südwind/Agentur, Robert Wittek, Therme Bad Gastein, LIGA: graphic design, EZA Fairer Handel, Hemera Graphic Buisness Art. Cartoon: Bull. Rätsel: Vera Ribarich. Hersteller: Leykam Druck-GmbH & Co KG, 7201 Neudörfl, Bickfordstraße 1. Redaktionsschluss der folgenden Ausgabe: 29. Juli 2010.

Pro +

ZAUBERMITTEL

Zugegeben: Wunder können sie keine bewirken. Aber wer glaubt noch an Wunder? Glauben wir hingegen den aktuellen Studien, dann ist die positive Wirkung von BetriebsrätInnen auf ArbeitnehmerInnen und das Unternehmen enorm. Die deutsche Hans-Böckler-Stiftung hat zahlreiche Untersuchungen zusammengefasst, mit dem Resultat: In Betrieben mit BetriebsrätInnen gibt es höhere Produktivität, familienfreundlichere Personalpolitik, mehr Innovationen und vor allem höhere Löhne und Arbeitszufriedenheit. Mitbestimmung ist also das Zauberwort, das vielleicht auch einige chinesische ArbeiterInnen vor Selbstmorden bewahrt hätte.

KURZ NOTIERT

Lehrlinge erhalten mehr Geld!

Die PRO-GE hat im Kollektivvertrag für die Elektro- und Elektronikindustrie erreicht, dass mehr als 1.300 Lehrlinge mit 1. Mai bis zu 725 Euro Prämie beanspruchen können. Voraussetzungen sind gute Leistungen beim Praxistest und/ oder bei der Abschlussprüfung.

BUCHTIPP – GEWINNSPIEL



Joseph Stiglitz: Im freien Fall

In seinem neuen Buch zeigt Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz, wie es zur größten Wirtschaftskrise seit den 1930ern kommen konnte – und erklärt, wie wir solche Katastrophen in Zukunft verhindern können. Neben einer besseren Regulierung der Finanzmärkte und einer aktiveren Rolle des Staates in der Wirtschaft muss

vor allem dafür gesorgt werden, weltweit Arbeitsplätze zu sichern und den Wohlstand gerechter zu verteilen. Für Stiglitz ist klar: Ein "Weiter so" kann es nicht geben. Wir müssen diesen kritischen Moment nutzen, um eine neue globale Wirtschafts- und Finanzpolitik zu schaffen.

Die ersten drei LeserInnen, die folgende Frage beantworten, gewinnen ein Exemplar des Buches: Welches Ereignis leitete die Wirtschaftskrise der 1930er ein? Antworten an presse@proge.at.

Joseph Stieglitz: Im freien Fall Vom Versagen der Märkte zur Neuordnung der Weltwirtschaft ISBN: 978-3-88680-942-4, € 25,70

erhältlich in der **ÖGB-Fachbuchhandlung**, 1010 Wien, Rathausstraße 21, Tel.: (01) 405 49 98-132

E-Mail: fachbuchhandlung@oegbverlag.at

Kontra - SELBSTMORD-VERBOT

Seit Jahresanfang haben sich zehn Beschäftigte des weltgrößten Elektronikproduzenten Foxconn das Leben genommen. Grund für die Selbstmorde sei der militärische Managementstil in der taiwanesischen Tochterfirma Hon Hai: extrem hoher Arbeitsdruck bei geringer Bezahlung. Der Konzern verlangte daraufhin Selbstmord-Verzichtserklärungen von seinen Beschäftigten. Erst nach weltweiter Kritik am Verhalten des Konzerns kündigte dieser an, die Monatslöhne auf umgerechnet 241 Euro zu verdoppeln. So wenig wie damit die Probleme gelöst sind, so schnell reagierte die Finanzwelt: Die Hon-Hai-Aktie fiel an diesem Tag auf ein Rekordtief.



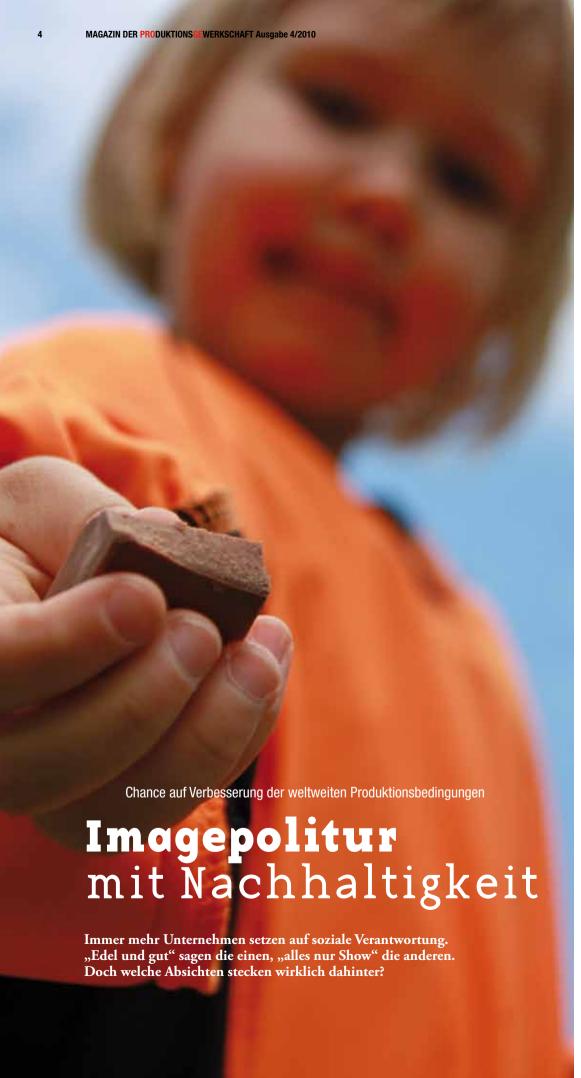
Liebe Leserin, lieber Leser!

Der Sommer beginnt und alle Aufmerksamkeit richtet sich auf Südafrika. Zum ersten Mal in der Geschichte des Fußballs findet eine Weltmeisterschaft auf dem afrikanischen Kontinent statt. Der große Gewinner der WM wird FIFA heißen, da sind sich so gut wie alle ExpertInnen einig. "Für die Menschen in Südafrika wird die Weltmeisterschaft keine langfristigen Auswirkungen haben", stellte Beauty Ntombizowda Zibula von der südafrikanischen Gewerkschaft SACTWU vor einigen Wochen bei einem Österreich-Besuch fest.

Von den gewaltigen Summen, die beim größten Sportereignis der Welt umgesetzt werden, wird im Veranstalterland also kaum bleibender Nutzen geschaffen werden. Dabei erkennen – wenn auch sehr langsam – immer mehr Unternehmen, dass Nachhaltigkeit und fairer Handel auch aus rein wirtschaftlicher Sicht Sinn machen. Ein Beispiel sind die großen Süßwarenkonzerne, die gerade feststellen müssen, dass sie durch jahrzehntelange Rücksichtslosigkeit auf dem Kakaomarkt recht bald vor einer selbstverschuldeten Ressourcenknappheit stehen könnten.

Aber nicht nur die Unternehmen sind gefragt. Beim Spiel auf dem grünen Rasen sorgt der Schiedsrichter für Fairness (oder bemüht sich zumindest darum), im täglichen Wettbewerb auf dem Weltmarkt müssen wir das selbst tun. Wie viel wir als Konsumentlnnen tatsächlich ändern können? Vielleicht mehr als wir uns zutrauen, wenn auch weniger als wir uns wünschen. Aber darauf kommts nicht an. Denn das Schlimmste, sagt Michaela Königshofer von der Südwind-Agentur, wäre nichts zu tun.

Wir wünschen einen schönen Sommer und anregendes Lesen, die Redaktion



LINKTIPP:

Mehr zu nachhaltigen Initiativen: www.fairtrade.at www.rainforest-alliance.org www.utzcertified.at

Viele multinationale Konzerne polieren ihr Image bei den KonsumentInnen auf, indem sie Nachhaltigkeit als Teil der sogenannten Corporate Social Responsibility, der unternehmerischen Gesellschaftsverantwortung, vermarkten. Die Aufwertung des Bilds in der Öffentlichkeit haben einige Unternehmen auch dringend nötig: Immer mehr Multis wandern, besonders im Textilbereich, in Billiglohnländer ab. Asien und im Speziellen China standen und stehen dabei an erster Stelle. Massives Lohndumping und verheerende Arbeitsbedingungen haben dem Image einiger Großkonzerne enorm geschadet.

Bewusstsein der Konsumentlnnen steigt. Seit einiger Zeit wächst das Bewusstsein der KonsumentInnen, und sie bedenken immer mehr den Einfluss von Produktionsverfahren auf Armut und Umwelt. Initiativen zur Verbesserung der Produktionsbedingungen nehmen daher zu, vor allem am Lebensmittelmarkt. Die Konzerne erkennen den Trend und wollen mitna-

schen. Initiativen wie z. B. FAIRTRADE wurden mittlerweile von einigen Unternehmen als lukrative Produktvermarktung entdeckt. 3,4 Milliarden Euro Umsatz brachte 2009 weltweit der Handel mit Fairtrade-Produkten. Am Textilsektor gibt es bislang noch kein einheitliches Siegel für ökologische Erzeugung oder soziale Gerechtigkeit, aber auch hier nehmen die einzelnen Zertifizierungsinitiativen zu.

Trend birgt große Chance. Die Unternehmen reagieren also mit der Unterstützung nachhaltiger Initiativen auf das gestiegene Bewusstsein der VerbraucherInnen und machen nebenbei ein gutes Geschäft. Wenn z. B. Starbucks nur noch Fairtrade-Kaffee anbietet oder Mars und Cadbury zertifizierten Kakao in ihren Hauptmarken verwenden, sind das zwar ermutigende Ansätze, der Anteil am Weltmarkt ist aber dennoch verschwindend. Eine Chance für die Ausweitung nachhaltiger Initiativen ergibt sich aus der drohenden Rohstoffknappheit, z. B. am Kakaosektor. Wenn die Konzerne die Produktion langfristig sicherstellen wollen, müssen sie wohl oder übel mehr Geld in die Hand nehmen. Investieren die Unternehmen nicht nur Unsummen in Werbung, sondern mehr Geld in die Verbesserung der Produktionsbedingungen, bringt das den größten Nutzen für alle Beteiligten.



DIE WELTWEIT BEKANNTESTEN ZERTIFIZIERUNGSSTANDARDS:



FAIRTRADE:

- Einzige Initiative bei der die Beschäftigten einen fixen Mindestpreis bekommen
- Prämie für Sozial- und Umweltprojekte
- Vorwiegend in Europa



RAINFOREST ALLIANCE

- Fokus auf ökologischen Aspekten (z. B. Erhaltung Biodiversität)
- Sicherung einer nachhaltigen Existenzgrundlage
- Vorwiegend in den USA



← Rainer Wimmer, Bundesvorsitzender der PRO-GE

JETZT ARBEITSPLÄTZE SCHAFFEN!

Die Zeit ist reif, um die tatsächliche Arbeitszeit und kollektivvertragliche Normalarbeitszeit zu verringern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Bundesvorstand der Produktionsgewerkschaft haben wir als erste Gewerkschaft einstimmig am 9. Juni gemeinsam beschlossen, das Thema Arbeitszeitverkürzung ab der kommenden Herbstlohnrunde in die Kollektivvertragsverhandlungen einzubringen. Dabei hat die Sicherung vorhandener und die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze höchste Priorität. Gemeinsam mit den Betriebsrätinnen, Betriebsräten und Beschäftigten sind wir bereit, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und für eine faire Verteilung der Arbeit zu kämpfen.

Im Industriebereich gingen durch die Wirtschaftskrise Tausende Arbeitsplätze verloren. Gerade hier ist es wichtig, durch Arbeitszeitverkürzungs-Maßnahmen Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Laut WIFO liegt Österreich bei Arbeitslänge und -flexibilität im europäischen Spitzenfeld. Und die Forderung der Industrie, die Arbeitszeit weiter zu flexibilisieren, ist in Wirklichkeit eine klassische Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich. Dies ist nicht akzeptabel und schafft auch keine neuen Arbeitsplätze.

Für 2011 werden von ExpertInnen im Durchschnitt 350.000 Arbeitslose erwartet. Eine Entspannung der Lage ist nicht in Sicht. Es geht also um eine intelligente Verteilung von Arbeit: Wenn die einen überlastet sind und Überstunden anhäufen, und die anderen auf der Straße sitzen, muss man reagieren. Unser Ziel heißt Arbeit fair zu verteilen, um Beschäftigung zu sichern und zu schaffen, die Gesundheit der ArbeitnehmerInnen zu fördern, die Mitbestimmung bei der Gestaltung der Arbeitszeit auszubauen und für mehr Verteilungsgerechtigkeit zu sorgen.

Glück auf! Euer Rainer Wimmer Der Weg von der Kakaobohne bis zur Schokolade ist ein sehr aufwendiger und oft gar nicht süß.



Engpässe bei Kakaobohnen befürchtet

Mangelware **Kakao**

Über Jahrzehnte wurde Nachhaltigkeit in der kommerziellen Kakaoproduktion vernachlässigt. Jetzt wird es brenzlig. Viele Bauern und Bäuerinnen können nicht mehr vom Kakaoanbau leben, sie geben auf. Ändert sich nichts, gibt es bald nicht genügend Kakao, um die steigende Nachfrage zu decken.

In Tafeln oder als Getränk – für uns ist es selbstverständlich, Kakao jederzeit genießen zu können. Doch von der Kakaobohne bis zur fertigen Schokolade ist es ein langer und arbeitsintensiver Weg. Für die Familien ist der Anbau von Kakao oft die einzige Einnahmequelle. Jahrzehntelang stagnierende Rohstoffpreise und sinkende Ernteerträge machen den Anbau für die junge Generation zunehmend uninteressant.

Steigende Nachfrage – sinkendes Angebot. Durch die Erschließung neuer Märkte, etwa in China oder Indien, und durch den Trend in Richtung "gesunder" Schokolade mit höherem Kakaoanteil steigt die Nachfrage nach Kakaobohnen. Um den Bedarf für 2012 zu decken, müsste die weltweite Produktion um knapp 20 Prozent zunehmen. Gleichzeitig geht der Anbau der Kakaopflanze zurück. Viele Junge suchen lieber Arbeit in der Stadt. Niedrige Löhne und geringe Ernteerträge z. B. durch Baum-

krankheiten aufgrund fehlenden Wissens machen den Anbau unattraktiv.

Weitere Investitionen nötig. Die Unternehmen erkennen zunehmend das Problem und beteiligen sich an nachhaltigen Initiativen wie z. B. FAIR-TRADE. Langfristig sind aber weit mehr Investitionen notwendig. Wenn die Unternehmen die Rohstoffversorgung absichern wollen, braucht es öffentliche Institutionen wie Forschungsoder Beratungseinrichtungen und vor allem intensive Schulungen. Geschulte Kakaobäuerinnen und -bauern können ihre Produktion um 25 Prozent steigern, sagen ExpertInnen.

Druck ausüben unerlässlich. Auch wenn der Trend in die richtige Richtung geht, stammen nur drei Prozent der verarbeiteten Kakaobohnen aus nachhaltiger Produktion. Um eine vollständige Durchsetzung zu erreichen, ist nach wie vor Druck von NGOs, Gewerkschaften und VerbraucherInnen unerlässlich.

Netzwerk für "Nachhaltige Kakaowirtschaft"

Seit 1987 engagiert sich die Gewerkschaft für nachhaltige Kakaowirtschaft. 2010 gründete die Branche Genuss der PRO-GE mit Organisationen aus Österreich und den Niederlanden ein Netzwerk. In engem Dialog mit den ArbeitgeberInnen sollen faire Einkommen, Arbeits- und Lebensbedingungen erreicht und Kinderarbeit bekämpft werden. Die langfristige Kampagne klärt KonsumentInnen auf und fördert den Austausch zwischen ArbeiterInnen in der Schokoladenerzeugung. Mehr dazu unter www.proge.at/projekte

PRO~gressiv



Fußball-Weltmeisterschaft 2010 in Südafrika

Weltweite ..Wuchteln

Die ganze Welt steckt im Fußball-Fieber. Am Schauplatz Südafrika schillern Fahnen und Trikots in bunten Farben. Aufpolierte Städte lassen das Land im Glanz erscheinen. Hinter den Kulissen regiert die Realität: Armut, Aids und Ausbeutung.

LINKTIPP:

Faire Fußbälle bei EZA fairer Handel:

www.eza.cc

Entwicklungspolitische NGO:

www.suedwind-agentur.at

Magazin zur offensiven Erweiterung des Fußballhorizonts:

www.ballesterer.at

1,150.000 Tickets wurden Mitte Mai in Südafrika für die Fußball-Weltmeisterschaft verkauft. Weltweit sind Blicke und Kameras auf das Land an der Südspitze Afrikas gerichtet. Das erste afrikanische Land zu sein, in dem eine Fußball-WM ausgetragen wird, gibt vielen EinwohnerInnen Anlass zum Stolz. Aber wenig Hoffnung. Denn in Südafrika lebt rund die Hälfte der Bevölkerung in Armut. Eine Realität, die in der Arena des Wettkampfs keinen Platz hat.

Milliarden-Gewinne. Im Vorfeld der Weltmeisterschaft in Südafrika wurden Milliarden Euro investiert, um Stadien zu bauen und die Städte auf Hochglanz zu polieren. Der Weltfußballverband FIFA rechnet mit Gewinnen von mindestens 2,6 Milliarden Euro, vorwiegend über den Verkauf von Tickets. Über saftige Profite freuen sich auch die Sportartikelriesen, für die die WM schon jetzt ein sicheres Spiel ist. Wenig Anlass zur Freude geben hingegen die Bedingungen, zu denen NäherInnen aus Indien, Pakistan und anderen Produktionsländern für die WM arbeiten.

Fußbälle zum Hungerlohn. Die Organisation Südwind hat die Bedingungen vor Ort unter die Lupe genommen: Die NäherInnen erhalten pro Fußball zwischen 5 und 30 Cent. Mehr als vier Bälle pro Tag sind jedoch kaum zu schaffen, daher muss oft die ganze Familie nähen, um sich ernähren zu können. Viele der Näherinnen wurden im Vorfeld zu exzessiven Überstunden gezwungen. Doch die Ausbeutung der ArbeiterInnen soll genauso wenig zum Vorschein kommen wie die sozialen Missstände, die in Südafrika herrschen. Um das WM-Land in einem möglichst positiven Licht zu präsentieren, wurden laut einem UNO-Bericht rund 20.000 Menschen aus ihren Armensiedlungen vertrieben.

Wenig nachhaltig. Beauty Ntombizowda Zibula, Vizepräsidentin der südafrikanischen Textil- und Bekleidungsgewerkschaft SACTWU, zeigte sich bei ihrem Österreich-Besuch Anfang Mai skeptisch, dass sich die WM nachhaltig positiv auf die Wirtschaft im Land auswirke. "Viele Menschen haben jetzt kurzfristig Arbeit gefunden, nach der WM sind sie wieder auf der Straße", so Beauty bei einer gemeinsamen Veranstaltung der Gewerkschaft PRO-GE und den Organisationen Südwind und weltumspannend arbeiten. "Viele Arbeiterinnen und Arbeiter werden nicht mit Geld entlohnt, sondern mit Nahrungsmitteln", berichtet die Vizepräsidentin.

Arbeit statt Wuchteln. Beinahe jeder zweite Haushalt Südafrikas muss von weniger als zwei Dollar pro Tag leben. Die Kriminalitätsrate und die Zahl der Aids-Kranken sind fast die höchsten weltweit. Die FIFA könnte durch Verträge einiges dazu beitragen, dass in den WM-Gastgeberländern Menschen- und Arbeitsrechte eingehalten werden. Dann könnten sich auch die Menschen in den Slums über die fliegenden Wuchteln (Fußbälle) während der

WM freuen.



"Das Schlimmste wäre nichts zu tun!"

LINKTIPP:

www.cleanclothes.at www.suedwind-agentur.at

Glück auf!: Rohstoffe wie Kaffee, Baumwolle, Tee oder Kakao für den Westen werden zum Großteil aus armen Ländern bezogen. Wie sind die Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten dort?

Königshofer: Die KleinproduzentInnen in Afrika, Lateinamerika und Asien erhalten nur einen kleinen Teil des Preises, den wir für eine Tasse Kaffee bezahlen. Ein Großteil des Geldes geht an Zwischenhändler und Kaffeemarkenunternehmen. Ähnlich ergeht es den BaumwollpflückerInnen in Mali, Tschad, Benin oder Burkina Faso. Die Arbeitsbedingungen sind hart und durch mangelnden Schutz vor Pestiziden gesundheitsgefährdend, die Entlohnung bleibt miserabel.

Glück auf!: Immer mehr Unternehmen rühmen sich im Rahmen von CSR soziale Verantwortung zu übernehmen. Wie sozial sind Unternehmen wirklich?

Königshofer: Es gibt viele Unternehmen, die einzelne Projekte wie Schulen, Krankenhäuser oder Kinderheime in benachteiligten Regionen dieser Welt fördern. Spenden für Einrichtungen dieser Art sind zwar sehr wichtig, aber haben meiner Meinung nach wenig mit CSR zu tun. Mir scheint es viel dringlicher, dass Unternehmen dem Menschenrecht eines angemessenen Arbeitsentgeltes nachkommen und sichere und gesunde Arbeitsbedingungen gewährleisten. So hilft es beispielsweise den Näherinnen in Bangladesch, die sich keine Medikamente leisten können, wenig, wenn ihr Auftraggeber die Preise drückt, aber ein Kinderheim in jenen, die eine Zusammenarbeit ablehnen? Indien unterstützt. Ein zusätzliches Problem bei dem Konzept von CSR ist die Freiwilligkeit. Aus meiner Sicht brauchen wir recht-

lich verbindliche Standards. Es sollte sich kein Unternehmen aussuchen können, ob es unter Berücksichtigung der Menschenrechte wirtschaftet oder nicht.

Glück auf!: Warum profitieren die Menschen von der Einbindung in eine Initiative wie FAIRTRADE oder Ähnlichem?

Königshofer: Der Vorteil für FAIRTRADE-ProduzentInnen sind faire Preise für ihre Produkte und Sozialprämien, wobei die Betroffenen selbst entscheiden, welche Projekte sie mit diesem Geld umgesetzt sehen wollen.

Glück auf!: Wie gelingt es euch, Konzerne von einer Zusammenarbeit mit euch zu überzeugen? Wie ist das Verhältnis zu Unternehmen, die mit euch kooperieren und

Königshofer: Das Verhältnis ist manchmal besser, manchmal schlechter und manchmal Mag. Michaela Königshofer ist Mitarbeiterin der Südwind-Agentur und seit 2006 nationale und internationale Koordinatorin der Clean Clothes Kampagne.

Die Südwind-Agentur arbeitet Alternativen für nachhaltige und menschengerechte Lebens- und Wirtschaftsformen aus. Die Clean Clothes Kampagne (CCK) setzt sich als Teil von Südwind für Arbeitsbedingungen in der Bekleidungsund Sportartikelindustrie ein.



ganz schlecht. Es ist sehr unterschiedlich, wie Unternehmen auf die Anklage von sozialen Missständen reagieren.

Glück auf!: An welchem/n Schwerpunkt(en) arbeitet Südwind bzw. die Clean Clothes Kampagne derzeit?

Königshofer: Bei Südwind laufen im Moment Kampagnen zu sozialen Menschenrechten mit dem Schwerpunkt auf Arbeitsbedingungen in der Bekleidungs-, Spielzeug- und IT-Industrie.

Glück auf!: In Österreich gehen oft Arbeitsplätze verloren, weil woanders billiger produziert werden kann. In diesen Ländern sind aber die Arbeitsbedingungen meist schlecht. Wie siehst du in dem Zusammenhang die Rolle der Gewerkschaften?

Königshofer: Wenn wir uns hier in Österreich für gute Arbeitsbedingungen weltweit

einsetzen, dann auch deswegen, weil das die einzige Möglichkeit ist, gute Arbeitsbedingungen hier in Österreich zu halten. Durch die Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen und durch einen Machtausgleich zwischen ArbeitnehmerInnen und Unternehmen können in Kambodscha, El Salvador, Bangladesch gleich wie in Österreich menschwürdige Arbeitsplätze geschaffen bzw. erhalten werden. In einer Welt, die wesentlich von transnationalen Unternehmen mitbestimmt wird, ist ein verstärktes internationales Auftreten der Gewerkschaften unausweichlich, wenn wir auch in Österreich weiterhin gute Arbeitsplätze haben möchten.

Glück auf!: "Was kann ich allein schon ändern?" Viele KonsumentInnen glauben nicht daran, selbst etwas zu besseren Arbeitsbedingungen beitragen zu können. Was kann der einzelne Konsument/die einzelne Konsumentin wirklich tun? Königshofer: Das Schlimmste wäre nichts zu tun! Einer der "Klassiker" der direkten Einmischungen von KonsumentInnen in Firmenpolitiken sind beispielsweise die Urgent Actions von Südwind und der Clean Clothes Kampagne. Durch ein weltweites Netz an PartnerInnen werden wir über akute Fälle von Arbeitsrechtsverletzungen in Zulieferbetrieben westlicher Konzerne informiert. Wir informieren KonsumentInnen über den Fall und fordern sie auf, der betreffenden Firma ein Protest-Mail zu schreiben. Mit beachtlichem Erfolg: Etwa ein Drittel der Fälle können so positiv geschlichtet werden.

Glück auf!: Zweimal im Monat Fairtrade-Kaffee kaufen und das Gewissen ist beruhigt. Kann ich mich durch den Kauf von fair gehandelten Produkten "frei"-kaufen?

Königshofer: Damit kann man/frau sicher nicht die Welt retten, aber es ist ein Anfang.



PRO-GE-Arbeitszeitkonferenz

96 Prozent für Verkürzung der Arbeitszeiten

Die PRO-GE präsentierte erste Ergebnisse, der seit mehreren Wochen durchgeführten Veranstaltungen zum Thema Arbeitszeit. ExpertInnen diskutierten mit 300 BetriebsrätInnen über kürzere Arbeitszeiten.

LINKTIPP:

Video und Bilder der Konferenz und der Beschluss des Bundesvorstandes zur Arbeitszeit unter <u>www.proge.at</u> Mehr als 300 TeilnehmerInnen diskutierten am 28. Mai zusammen mit ExpertInnen das Thema Arbeitszeitverkürzung. "Die größte Herausforderung für die nächsten Jahre heißt, Menschen in Jobs zu bringen. Es ist daher höchste Zeit für eine gerechtere Verteilung der Arbeit und der Arbeitszeit", sagt Rainer Wimmer, Bundesvorsitzender der PRO-GE, in seiner Eröffnungsrede. Die PRO-GE präsentierte auch erste Ergebnisse, der seit mehreren Wochen durchgeführten Veranstaltungen: "Das Ergebnis der bisher rund

AKTUELLE KOLLEKTIVVERTRAGSABSCHLÜSSE

Ab 1. April: **Konditorengewerbe Wien:** KV-Mindestlöhne +1,1 Prozent, Lehrlingsentschädigungen zwischen +1,2 und +2,1 Prozent, überdurchschnittliche Erhöhung der Tiefkühlzulage, Meisterzuschlag: nach 5-jähriger Berufspraxis EUR 40,– im Monat.

Ab 1. Mai: **Papierindustrie:** Erhöhung der KV-Löhne und -Gehälter um 1,09 Prozent, Erhöhung der IST-Löhne und -Gehälter um 1,09 Prozent.

Chemische Industrie: KV-Mindestlöhne und -Gehälter, Ist-Löhne und -Gehälter, Lehrlingsentschädigungen, Schicht- und Nachtarbeitszulagen, Reiseaufwandsentschädigungen +1,19 Prozent.

Textilgewerbe: KV-Mindestlöhne durchschnittlich +1,3 Prozent, Lehrlingsentschädigung +1,3 Prozent (gerundet auf nächsten Euro), neuer KV-Mindestlohn: EUR 1.041,85.

Speiseöl- und Fettindustrie: KV-Mindestlöhne +1,20 Prozent (Aufrundung auf nächste 10 Cent), überproportionale Erhöhung der Schichtzulage für den 4. und 5. Schichtbetrieb, neuer KV-Mindestlohn: 1.468,50 Euro.

Ab 1. Juni 2010: **Konditorengewerbe NÖ**: KV-Mindestlöhne im Durchschnitt +1,1 Prozent, Lohnkat. 4 +1,25 Prozent, Lehrlingsentschädigung zwischen +1,4 und +1,6 Prozent, überdurchschnittliche Erhöhung der Tiefkühlzulage.

PRO-GE 11

Wimmer: "Arbeitszeit zentrales Thema der PRO-GE."

900 ausgewerteten Fragebögen ist eindeutig: Eine Forderung der PRO-GE nach Arbeitszeitverkürzung würden rund 96 Prozent der Betriebsrätinnen und Betriebsräte unterstützen", sagte Bundessekretär Manfred Anderle.

Hohes Potenzial. "Allein in der Industrie wurden Tausende Arbeitsplätze abgebaut, und während die einen wöchentlich Mehrarbeit leisten, sitzen die anderen auf der Straße. Das Potenzial einer besseren Arbeitsverteilung ist also hoch. Allein eine Verkürzung der effektiven Arbeitszeit führt zu mehr Produktivität, mehr Beschäftigung und weniger Arbeitslosigkeit. Das Ziel muss sein: Arbeit fair zu verteilen", erklärte Wimmer.

Arbeitsforscher Ulrich Brand von der Universität Wien sieht in den Gewerkschaften und Betriebsrätinnen und Betriebsräten zentrale Handlungsträger für eine progressive Arbeitszeit-Politik. Das Dogma des "Wachstums um jeden Preis" sollte aufgebrochen werden und qualitatives Wachstum in den Mittelpunkt gestellt werden. "Die Gewerkschaften müssen wieder stärker eine gesellschaftspolitische Rolle übernehmen. Die Arbeitszeitpolitik ist dabei ein zentrales Thema", forderte Brand.

Gesundheit. Arbeits- und Sozialmediziner Dr. Erich Pospischil betonte den Zusammenhang zwischen der Dauer der Arbeitszeit und gesundheitlichen Effekten: "Je öfter im Monat lange Arbeitstage vorkommen bzw. je länger die wöchentlichen Arbeitszeiten sind, desto häufiger kommt es zu negativen gesundheitlichen Auswirkungen. Auch bereits wenige Tage mit überlangen Arbeitszeiten haben negative gesundheitliche Auswirkungen."

Beschäftigungseffekte. Hedwig Lutz vom Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO erkennt Vorteile in der Verkürzung der Wochenarbeitszeit für bestimmte Branchen und Beschäftigungsgruppen. Vor allem Schichtarbeit und Fließbandarbeit gehören dazu. Dass eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit die Wettbewerbsfähigkeit verschlechtere und weder positive Produktivitäts- noch Beschäftigungseffekte mit sich bringe, sieht Lutz in der ak-



sensituation ist das sehr unwahrscheinlich. GE hat am 9. Juni die Positionen der Ge-Ein Mangel an Arbeitskräften könnte das werkschaft zum Thema Arbeitszeit festgelegt tigen Arbeitsmarkt-Situation ist dies nicht zu Die Glück auf! wird in der nächsten Ausgabe erwarten."

tuellen Situation nicht: "In der heutigen Kri- Beschluss. Der Bundesvorstand der PRO-Wirtschaftswachstum bremsen, bei der heu- und die weitere Vorgangsweise beschlossen. darüber berichten.

ZITATE & FAKTEN

"Die Arbeitgeber wollen noch mehr Flexibilität – wir sollen länger und billiger arbeiten, zu Hause bleiben, wenn die Firma das will und 180 Überstunden mitnehmen – daher ist es an der Zeit NEIN zu sagen!"

Sowohl bei der effektiven Wochenarbeitszeit (inklusive Über- und Mehrstunden) als auch bei flexiblen Arbeitszeitmodellen liegt Österreich im europäischen Spitzenfeld.

"Die Ausbeutung ist ein gesellschaftliches Problem, und die daraus entstehenden Krankenstände sind Kosten für die Krankenkasse. Alles ist nur wirtschaftlich orientiert, wie es den Menschen geht interessiert niemand."

Die derzeitigen Flexibilisierungs-Forderungen von Teilen der Wirtschaft sind in Wirklichkeit eine klassische Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich.

"Gewerkschaftliche Solidarität ist: Arbeit fair teilen, mehr in Beschäftigung, Zeit für Familie, Gesundheit und Bildung."

Das Wirtschaftswachstum wird kaum positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben. Die Zahl der Arbeitsuchenden wird konstant hoch bleiben. So erwartet zum Beispiel das WIFO für 2011 im Schnitt rund 350.000 Menschen ohne Arbeit.



16 Lehrlinge zu 100 Prozent dabei

In der Firma Nemak in Oberösterreich sind 16 Lehrlinge beschäf-

tigt. Jedes Jahr, auch während der Wirtschaftskrise, werden neue Lehrlinge aufgenommen, die von Michael Mokre als Jugendvertrauensrats-Vorsitzenden bestens betreut werden. "Zwischen Jugendvertrauensrat und Betriebsrat herrscht eine wirklich gute Zusammenarbeit. Die Lehrlinge sind sehr interessiert und fragen immer nach", erzählt Betriebsratsvorsitzender Andreas Schmitt stolz.

WEB

Die PRO-GE auf YouTube

Einfach, schnell und informativ: Videos über die Branchen der Produktionsgewerkschaft, die Arbeitszeitkonferenz oder zur Gesundheitskampagne sind jederzeit abrufbar auf der Video-Plattform YouTube. Direkteinstieg unter www.youtube.com/GewerkschaftPROGE

DONAUINSELFEST

Hot in the City?

Wenn der Juni so sonnig wird wie der Mai trüb und regnerisch war, dann kann bei der größten Gratis-Party-Veranstaltung des Landes eigentlich nichts schiefgehen. Das diesjährige Donauinselfest findet von 25. bis 27. Juni 2010 statt. Mit dabei sind dieses Jahr unter anderem Rocker-Legende Billy Idol und Finnlands erfolgreichste Band HIM. Mehr unter www.donauinselfest.at

WISSENSWERTES

Steuertipps für den Finanzminister

Ein Vorschlag, um das Staatsbudget wieder ins Lot zu bringen: Die obersten zehn Prozent der ÖsterreicherInnen besitzen je nach Rechnung zwischen 57 und 70 Prozent des Gesamtvermögens von 1.200 Mrd. Euro – also zwischen 684 bis 840 Milliarden. Wenn diese 10 Prozent nur

1 Prozent Vermögenssteuer zahlen, ergibt das 6,8 Milliarden pro Jahr. Mit dem ginge sich auch noch eine Mega-Steuerentlastung für die ArbeitnehmerInnen aus.

Spende für Initiative Kinderreha

Die Gewerkschaft PRO-GE spendete den Erlös des Plößlgassen-Flohmarktes der "Kinder- und Jugendlichenrehabilitation in Österreich". Vorsitzender Rainer Wimmer und Bundessekretär Manfred Felix überreichten bereits im April dem niederösterreichischen Landessekretär und Gründer der Initiative, Markus Wieser (rechts im Bild), einen Scheck in der Höhe von 5.401 Euro.



Tausende Kinder zwischen 0–14 Jahren leiden länger als sechs Monate an gesundheitlichen Problemen. Diese finden derzeit zur Rehabilitation und Nachbetreuung in einigen Spitälern, Abteilungen oder Vereinen Hilfe. Eine wirklich umfassende rehabilitative Betreuung mit pädagogischer und psychologischer Begleitung gibt es österreichweit leider noch nicht. Diesen Umstand möchte die "Initiative Kinder- und Jugendlichenrehabilitation in Österreich" ändern, und allen Kindern und Jugendlichen eine umfassende und altersgruppenspezifische Betreuung zukommen lassen.

Linktipp: www.initiative-kinderreha.at

BUCHTIPP



Allgemeines

Sozialversicherungsgesetz: ASVG

Die in zwei Ringordnern angebotene Lose-Blatt-Ausgabe enthält auf rund 1.600 Seiten nicht nur den kompletten Gesetzestext des ASVG, sondern eine transparente Zusammenfassung der Übergangsbestimmungen. Zudem sind die Richtlinien des Hauptverbandes österreichischer Sozialversicherungsträger abgedruckt. Bestellung unter www.oegbverlag.at

Engagement gegen Gewalt an Frauen

Höchste Zeit darüber zu reden!

Jede fünfte Frau in Österreich ist von Gewalt betroffen, meistens in den eigenen vier Wänden. Die PRO-GE-Frauen und das Bundeskriminalamt informieren über ein Gesetz. das rechtlichen Schutz bietet.

LINKTIPP:

Broschüre zum Gewaltschutzgesetz auf www.proge-frauen.at Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser www.aoef.at



pro Jahr wird das traute Heim zum Tatort und somit zum Ort eines Verbrechens. Denn in Österreich ist laut Kriminalstatistik des Innenministeriums mindestens iede fünfte Frau von häuslicher Gewalt betroffen. Das Risiko, in den eigenen vier Wänden Gewalt zu erfahren, ist laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) für Frauen zwischen 15 und 44 Jahren sogar größer als an Krebs zu erkranken, oder in einen Verkehrsunfall verwickelt zu werden.

Vielfältig und unsichtbar. Denken wir an Gewalt gegen Frauen, haben wir meist ein blaues Auge im Kopf. Gewalt liegt aber nicht nur räumlich im Verborgenen. Auch die meisten ihrer Formen sind mit freiem Auge nicht erkennbar. Neben körperlicher Gewalt sind vor allem psychische und sexualisierte Gewalt sehr häufig. Versuchte oder tatsächliche Vergewaltigung und sexuelle Belästigung zählen ebenso dazu wie Einschüchterungen, Drohungen oder Kontrolle. Auch ökonomische und soziale Gewalt sind kaum sichtbar, aber weit verbreitet. Darunter versteht nate Anderl. So wichtig ein öffentliches Beman beispielsweise Arbeitsverbote, Verweigerung des Kontozuganges, Einsperren oder Verbot von Kontakten zu anderen Menschen.

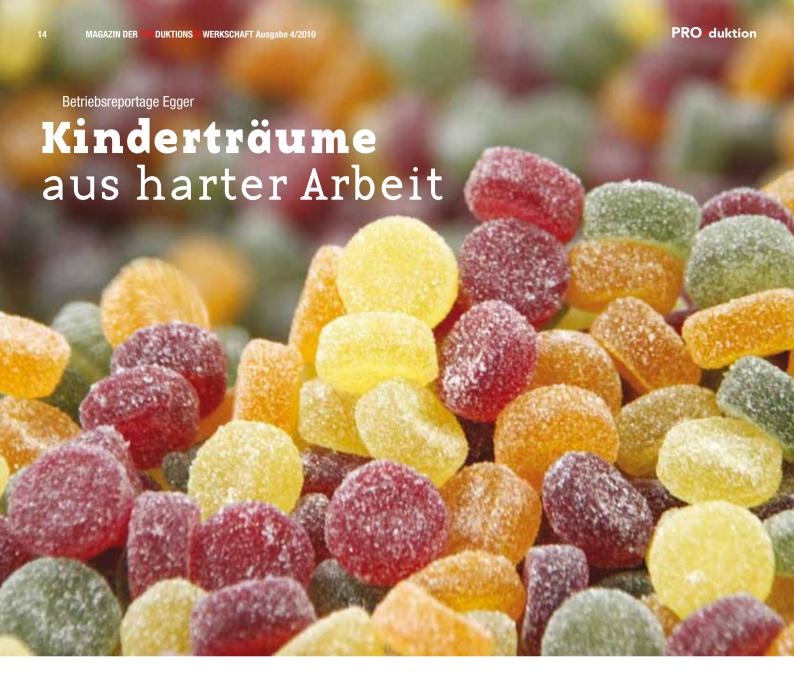
Vorbildliches Gesetz. Dank des Engagements vieler Frauen und Männer wird Gewalt heute nicht mehr als Privatsache gesehen, sondern als öffentliche Angelegenheit wahrgenommen. Das hat 1997 zu einem eigenen Gewaltschutzgesetz in Österreich geführt, das auch international vorbildlich ist. Das Gesetz erlaubt der Polizei, gewalttätige Personen aus der Wohnung zu weisen und ihnen die Rückkehr für zehn Tage zu verbieten. In den Folgejahren wurden zahlreiche weitere Gesetze und Gesetzesänderungen beschlossen, um familiärer Gewalt zu begegnen. Seit 2006 gibt es das Anti-Stalking-Gesetz und einen Rechtsanspruch auf Prozessbegleitung. 2008 wurden die Opferrechte im Strafprozess ausgebaut und seit Juni 2009 ist das zweite Gewaltschutzgesetz in Kraft.

Schweigen aus Scham. "Gewalt betrifft auch Menschen, denen man privat oder beruflich nahesteht. Auch eine Kollegin könnte regelmäßig davon betroffen sein, ohne dass ihr Umfeld etwas davon bemerkt", so die Bundesfrauenvorsitzende der PRO-GE, Rewusstsein und eine gute Gesetzgebung sind, so wichtig ist auch, dass Betroffene Kenntnis davon haben. Viele Frauen sprechen aus Scham nicht über die Gewalt, die ihnen zugefügt wird. Rechtliche Möglichkeiten und Orte, wo anonym Hilfe angeboten wird sind oft unbekannt.

Informationsbroschüre. Als direkte Anlaufstelle für die persönlichen Probleme vieler KollegInnen im Betrieb nehmen Betriebsräte und BetriebsrätInnen auch beim Thema Gewalt eine wichtige Rolle ein. Daher hat die Bundesfrauenabteilung der PRO-GE gemeinsam mit dem Bundeskriminalamt eine Informationsbroschüre zum Gewaltschutzgesetz herausgegeben. Die Broschüre dient vor allem BetriebsrätInnen als Werkzeug, steht zugleich aber auch Mitgliedern als Hilfestellung zur Verfügung.

Die Broschüre "Gewalt gegen Frauen" kann in der PRO-GE-Bundesfrauenabteilung unter Tel. (01) 534 44-69040 bzw. per E-Mail an frauen@proge.at bestellt werden. Auf www.proge-frauen.at kann die Broschüre als PDF-Datei heruntergeladen werden.





Wer hat als Kind nicht davon geträumt, sich wahllos eines Schlaraffenlands aus geschmackvollen Gummifrüchten und grünen Hustinettenbären bedienen zu können? In Wien-Liesing scheint dieser Traum Realität zu werden. Doch hinter "Willy Wonkas" Süßparadies für Junggebliebene steckt harte Arbeit.

Die Traditionsfirma Egger erzeugt

mit ihren rund 32 Beschäftigten bis heute fruchtige Träume für Jung und Alt, und das bereits seit mehr als 130 Jahren. Eigentlich wirkt das Fabriksgelände im Süden Wiens unscheinbar. Man würde kaum vermuten, dass sich in einer Seitengasse jener Standort verbirgt, der die letzte Kanditenfabrik in Österreich beherbergt. Je nach Auftragslage und Saison werden entweder im Einschicht- oder, wenn notwendig, auch im Zwei- oder Dreischichtsystem süße Bonbonträume gefertigt. 1.100 Tonnen verlassen so pro Jahr das Werk, welches hauptsächlich nach Europa, aber auch bis nach Japan liefert.

Ein Meister in Gummisachen. Das bekannteste Erzeugnis ist die Traditionsmarke "Sportgummi", welche die meisten der heute Erwachsenen früher einmal ins Kino begleitet haben dürfte. Der zuständige PRO-GE-Branchensekretär Gerhard Riess betont: "Trotz technologischer Entwicklungen verläuft das Prinzip der Süßwarenherstellung noch genauso wie in ihren Anfängen." An den Grundzutaten wie Zucker und Fruchtsirup hat sich nicht viel geändert. Auch der Produktionsablauf selbst entspricht dem ursprünglichen Verfahren. Natürlich hat Qualitätsmanagement und die Einhaltung der International Food Standards höchste Priorität. Dazu bedarf es qualifizierter MitarbeiterInnen.

Aleksander Gligorijevic ist bereits seit 37 Jahren im Unternehmen und kennt "seine" Gussmaschine wie kein anderer. Gerät die Maschine einmal ins Stocken, ist es seine Aufgabe, die Störung in Kürze zu beheben. Zu Hunderten wandern arithmetisch geordnet gelbe, rote und grüne Gummimassen im Schachbrettmuster aus der Maschine. Sie werden im flüssigen Zustand im Stempelbrett zu Formen gegossen und bekommen so ihr lieblich markantes Aussehen. Danach müssen die Süßwaren unterschiedlich lange getrocknet werden. 17.200 sogenannte Puderkästen, gefüllt mit den Fruchtgummisorten, verwaltet Andreas Knoll im Trockenareal.

Wachsames Auge → bei der Sportgummiproduktion.

Es geht härter zur Sache. Eine erhitzte, zähflüssige Masse wird auf ein Förderband aufgetragen, um anschließend gewalzt, geformt und abgekühlt zu werden. Am Ende des Prozesses purzeln für das Auge nicht mehr fassbare 3.500 Hustinettenzuckerl pro Minute aus der Maschine. Die sogenannten Hartkanditen. An diesem Tag überwachen Erwin Gold und Thomas Haslinger den Produktionsablauf.

Den Lagerraum umgibt ein intensiver, angenehm süßlicher Duft. Auf die Frage, ob man denn nicht irgendwann einmal genug von dem verführerischen Aroma bekommt, entgegnet der Betriebsleiter Wolfgang Eresheim ein kurzes "Nein!", um sich unmittelbar mit einer Kostprobe von dem soeben gefertigten Süßwaren zu überzeugen.

Auch ein bereits ausgelernter Lehrling läuft geschäftig durch die Fabrikshallen. Früher bezeichnete sich der Beruf als KonditorInnen, Bonbon- und KonfektmacherInnen. Heute hat sich das Berufsbild den neuen Herausforderungen der Ausbildung angepasst und sich in LebensmitteltechnikerIn umbenannt.

7.500 Dosen am Tag. In der Verpackung herrscht hektisches Treiben. An der Abfüllmaschine sitzt Yavus Özmen. 7.500 Dosen laufen täglich durch seine Hände. Umgerechnet sind das unglaubliche 3.750 Kilogramm



Sportgummi, welche von zwei weiteren Kolleginnen Tag für Tag in Lieferkartons umgepackt werden. Die jährlich erzeugte Menge an Sportgummi, diese nebeneinander gestapelt, ergäbe eine Strecke von Wien nach Paris.

Bio auch in Süßwarenindustrie. Bioprodukte gewinnen bei der Süßwarenherstellung zunehmend an Bedeutung. So war Egger einer der Ersten bei der Bioproduktion im Gummiartikelbereich und blickt inzwischen auf eine 15-jährige Erfahrung zurück. Dass der verarbeitete Zucker aus dem Fairtrade-Handel kommt, ist für die Firmenleitung eine Selbstverständlichkeit. Fairtrade-Produkte sind seit zwei Jahren fixer Bestandteil der Produktion.

Aus der dunkelroten heißzähen Masse werden später Hustinetten-Zuckerl.



Bei Egger hat die ArbeitnehmerInnenmitbestimmung Tradition. Bereits 1955 wurde der erste Betriebsrat gewählt. Betriebsratsvorsitzende Sonja Finz unterstreicht das gute Arbeitsklima. Dieses wird auch offensichtlich, wenn bei der Abfrage nach Merkmalen des Unternehmens mit Namen und Schicksalen geantwortet wird, anstatt mit MitarbeiterInnen- und Kennzahlen zu imponieren. Im Unternehmen gibt es kaum Fluktuation, und so sind die meisten der Beschäftigten schon lange im Betrieb tätig. Das schafft eine gewisse Vertrauensbasis, welche sich im guten Zusammenspiel der MitarbeiterInnen widerspiegelt.

Gerhard Riess bestätigt die besondere Kultur in der Süßwaren-Branche. "Hier kennt jeder jeden. Daraus ergibt sich ein respektvolles Klima – was natürlich auch Auswirkungen auf die Beschäftigten hat." Und so schaffen die Arbeiterinnen und Arbeiter im PRO-GE-Bereich süßen Genuss für Jung und Alt.



Der Star im Egger-Aufgebot ist der Sportgummi.





Die Gewerkschaftsjugend machte mit eigenen Schals lautstark vor dem Parlament auf ihren Erfolg aufmerksam.

Die Gewerkschaftsjugend erreicht mehr Mitbestimmung für rund 10.500 Jugendliche und setzt damit eine wichtige politische Forderung um.

LINKTIPP:

www.proge-jugend.at

Endlich ist es so weit – was für die meisten Lehrlinge in Betrieben seit vielen Jahren möglich ist, soll nun auch für junge Menschen in überbetrieblichen Ausbildungsstätten zur Realität werden: die Möglichkeit, einen Vertrauensrat zu wählen. Am 20. Mai haben die Abgeordneten im Parlament die entsprechende Novellierung des Berufsausbildungsgesetzes (BAG) beschlossen. Die Gewerkschaftsjugend war live dabei, der Erfolg trägt ihre Handschrift.

Vielfach im Einsatz. In Österreich sind derzeit rund 2.300 JugendvertrauensrätInnen um die Anliegen ihrer Kolleginnen und Kollegen bemüht. Mindestens fünf Jugendliche unter 18 Jahren müssen in einem Betrieb beschäftigt sein, um einen Jugendvertrauensrat wählen zu können. Wenn nun aber die Ausbildung nicht in einem Betrieb, sondern in einer überbetrieblichen Einrichtung absolviert wird, gibt es keine Vertrauenspersonen für die Jugend.

Zwei-Klassen-System abgeschafft. "Lehrling ist Lehrling, egal ob im Betrieb oder in anderen Ausbildungsstätten. Hier rechtliche Unterschiede zu machen ist eine deutliche Ungleichbehandlung und schafft ein Zwei-Klassen-System unter den Lehrstellensuchenden. Das zu verhindern, ist uns durch großen politischen Druck gelungen!", so der Bundesjugendvorsitzende der PRO-GE, Jürgen Michlmayr. Dass nicht alle Parteien mehr Mitbestimmung von Jugendlichen fördern, sei laut Michlmayr bedauerlich. Die FPÖ hat als einzige Partei das Gesetz abgelehnt.

JVR-Wahlrecht für alle! Trotz des Beschlusses im Nationalrat haben noch nicht alle Lehrlinge das Recht auf eine demokratische Ver-

tretung im Betrieb. "Damit der JVR in Zukunft auch wirklich alle Lehrlinge vertreten kann, ist eine Wahlrechtsänderung überfällig", sagt Michlmayr. Immer mehr Jugendliche treten nicht mit Beendigung des Pflichtschulalters in die Lehre ein, sondern erst nachdem sie einige Jahre eine weiterbildende Schule oder einen anderen Ausbildungszweig besucht haben. Viele dieser Lehrlinge können weder aktiv noch passiv an einer Jugendvertrauensratswahl teilnehmen, obwohl sie in der betrieblichen Praxis vom Jugendvertrauensrat informiert und betreut werden.

Anhebung des Wahlalters. Wir fordern daher die Anhebung des Wahlalters zum aktiven Wahlrecht von derzeit 18 Jahren auf 21 Jahren für alle ArbeitnehmerInnen, und das Wahlrecht für alle, die darüber hinaus in einem Lehrverhältnis stehen", so Michlmayr. Auch die Rechte der JugendvertrauensrätInnen, zum Beispiel auf Bildungsfreistellung, müssen gestärkt werden.

Zukunftsraum Wien – Niederösterreich – Südmähren

Ländermatch

Beruflicher Wettkampf der besonderen Art: Installateurlehrlinge, die sich beruflich über die Grenzen hinweg messen.

LINKTIPP:

Alle Infos auf der Projekt-Website www.zuwins.at

Das Projekt zuwins stand Pate für einen Berufswettbewerb der besonderen Art. Teilnehmer aus Brünn, Znaim und Wien beteiligten sich am Wettbewerb der Gas-Wasser-Heizungsinstallateure in der Wiener Berufsschule Mollardgasse, um ihr handwerkliches Können unter Beweis zu stellen. Der Wiener Fachausschuss der Arbeiterkammer Wien, welcher grundsätzlich die Wiener Berufswettbewerbe durchführt, stellte wertvolle Sachpreise zur Verfügung.

Hohes Niveau. Die Lehrlinge erhielten aus dem Zufallsprinzip gezogene Arbeitsaufträge. Die Aufgabe bestand darin, selbstständig Löt- und Schweißstücke nach den Plänen zu erstellen. Auffallend war das hohe Niveau der Arbeiten. Die durchführenden Berufsschullehrer und Ausbildner zeigten sich durchaus beeindruckt von den abgegebenen Arbeiten. Alle Schweiß- und Lötarbeiten mussten am Ende des Tages Dichtheitsprüfungen unter Druck standhalten. Eine unabhängige Jury, bestehend aus Fachexperten aus den beiden teilnehmenden Ländern, bewertete die Werkstücke der Lehrlinge im Blindverfahren. Bei der Bewertung ging es vor allem um Genauigkeit und um die saubere Ausführung der Werkstücke.

Rene Lang konnte sich den obersten Platz auf dem Siegerpodest erlöten. Auf den weiteren Plätzen reihten sich Christian Hietz sowie

Ondrej Šipr mit ihren Schweißarbeiten ein. Sie konnten wertvolle Preise entgegennehmen. Die anderen Teilnehmer erhielten für ihre Arbeiten Anerkennungspreise.

Ständige Weiterbildung. Der stv. Vorsitzende der PRO-GE Franz Riepl bekräftigte bei der Preisverleihung die Wichtigkeit der Berufsausbildung und des Handwerkes und auch das gewerkschaftliche Engagement in Fragen der Lehrlingsausbildung. Die ständige Ausund Weiterbildung wird jeden Facharbeiter auch in Zukunft des Arbeitslebens begleiten, sind sich die Teilnehmer des Berufswettbewerbes sicher.

Projektleiterin Martina Schneller von der PRO-GE zeigte sich mit dem Ergebnis zufrieden. "Es ist schön zu sehen, mit welcher Professionalität, aber auch Freude die Teilnehmer diesen Wettbewerb angenommen haben. Gerade das internationale Verständnis in der Berufsausbildung wurde bei diesem Wettbewerb gut sichtbar", bekräftigte sie nach der erfolgreichen Veranstaltung. Mit der Hoffnung auf Weiterführung internationaler Projekte und den neuen Eindrücken, welche die Lehrlinge sammeln konnten, verabschiedeten sich im freundschaftlichen Gedanken die Teilnehmer des Berufswettbewerbes.



Jugendliche ließen die Funken sprühen.

Heißes Glas und heißer Stahl in tschechischen Betrieben.

Ebenfalls im Rahmen des Projektes wurde eine Gruppe von österreichischen Betriebsrät-Innen von Luděk Jagoš, ČMKOS-Regionalratsmitglied und Betriebsratsvorsitzender der Schraubenwerke Kyhov, eingeladen. Der Besuch einer Glasflaschenerzeugung und eines Betriebes, wo Schrauben für Eisenbahngetriebe hergestellt werden, war sehr interessant für die BetriebsrätInnen aus Österreich, die so die Produktions- und Arbeitsbedingungen gleichwertiger Betriebe in Tschechien kennenlernten. Beim Rahmenprogramm bot sich die Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch mit den tschechischen KollegInnen.



Türkei: Erster Erfolg für protestierende TabakarbeiterInnen

Gewerkschaftsbewegung erlebt Aufschwung

78 Tage lebten Tausende streikende TabakarbeiterInnen in ei- 4. Februar streikten zwei Millionen Arbeitener Zeltstadt mitten in Ankara. Eine österreichische Gewerkschaftsdelegation hat sie besucht. Zerife Yatkin, Ernst Orhan, Kemal Dogan und Michael Gehmacher berichten.

rInnen in der Türkei. Gleichzeitig klagte die Gewerkschaft gegen "4/C".

LINKTIPP:

www.proge.at/international

Tabak ist ein wichtiger Wirtschaftszweig in der Türkei. Mit 100.000 Tonnen und einem Exportüberschuss von durchschnittlich 500 Mio. US-Dollar pro Jahr, war die Türkei einmal führend am Weltmarkt. Trotz Widerstands der ArbeiterInnen - und hoher Gewinne - wurde 2007 der staatliche Monopolbetrieb "Tekel" an British-Amerikan Tabacco (BAT) verkauft. BAT hatte kein Interesse an der Weiterführung, sondern schloss die Fabriken, um den Markt zu übernehmen.

Gebrochene Versprechen. Die türkische Regierung versprach den ArbeiterInnen eine Weiterbeschäftigung. Tatsächlich beschloss sie jedoch das "4/C"-Gesetz: Damit können Staatsbedienstete als "SaisonarbeiterInnen" verliehen werden, zu einem Monatslohn von rund 300 bis 400 Euro. Durch Verlust aller Zuschläge, Verbot von Nebenverdiensten und einer maximalen Beschäftigung von zehn Monaten im Jahr, läge der Lohn unter dem türkischen Mindestlohn. Auch Gewerkschaftsmitgliedschaft wäre verboten.

Gemeinsam mit ihrer Gewerkschaft TekGida-IS beschlossen die in die Leiharbeit gedrängten Tekelbeschäftigten eine unbegrenzte Protestaktion. Tausende kamen am 15. Dezember 2009 zur Zentrale der Regierungspartei AKP nach Ankara. Von der Polizei mit Gewalt vertrieben, errichteten sie in der Innenstadt eine dauerhafte Zeltsiedlung. Zu einer Solidaritätsdemonstration am 17. Jänner kamen über 100.000 TeilnehmerInnen. Am Solidarität macht stark! Die Tekel-ArbeiterInnen ließen sich nicht in Türken, Kurden, Lasen oder Tscherkessen spalten, sondern hielten zusammen. Beeindruckend auch die Solidarität der Bevölkerung: Holz, Plastikplanen, Essen, Medizin usw. wurden gespendet. 78 Tage lang wurden in der Zeltstadt im Schnitt 4.000 Menschen versorgt. InnenstadtbewohnerInnen nahmen Arbeiterinnen mit ihren Kindern auf, Ärzte/-innen halfen unentgeltlich. Am 1. März entschied der türkische Verwaltungsgerichtshof zugunsten der Tekelbeschäftigten. "4/C" muss nun neu beschlossen werden. Die ArbeiterInnen bekommen acht Monate lang 80 Prozent ihres bisherigen Lohns.

Mit einem Fest wurde die Zeltstadt abgebaut, der Kampf aber geht weiter. Am 1. Mai demonstrierten 300.000 ArbeiterInnen in Istanbul. Erstmals seit 1977 musste die Regierung eine Kundgebung am Taksimplatz zulassen. Auch in anderen Städten demonstrierten Hunderttausende. Am 26. Mai streikten über eine Million ArbeiterInnen gegen "4/C". Nach Jahrzehnten der Unterdrückung erlebt die ArbeiterInnenbewegung in der Türkei einen politischen Frühling.

PRO_{aktiv}

Aus der Serie: Aktiv für Beschäftigte

Mehr Urlaub durch Vordienstzeiten

Viele Beschäftigte wissen es gar nicht: Vordienstzeiten sind den Dienst- einem Betrieb beschäftigt sind, werden mit zeiten anzurechnen. Auch bei der Urlaubsberechnung. In einem südburgenländischen Betrieb wurde dies übersehen, und somit trat die sechste Urlaubswoche für die betroffenen MitarbeiterInnen nicht in Kraft. Auf Initiative des Betriebsrates geriet der Stein ins Rollen. Rechtzeitig vor der Urlaubszeit kam es nun zu einer Einigung mit der Geschäftsführung.

einer zusätzlichen sechsten Urlaubswoche belohnt. Das heißt, ab dem 26. anrechenbaren Dienstjahr stehen ArbeitnehmerInnen sechs Wochen Urlaub pro Dienstjahr zu, so sieht es das Urlaubsgesetz vor. Was viele nicht wissen: Auch Vordienstzeiten aus anderen Beschäftigungsverhältnissen sind bis zu maximal fünf Jahren anzurechnen.

LINKTIPP:

www.proge.at/recht

einer Routinekontrolle bemerkte der Betriebsratsvorsitzende von Delphi Packard Austria, Kurt Genser, dass bei vielen langjährigen MitarbeiterInnen Vordienstzeiten nicht angerechnet wurden, und somit die sechste Urlaubswoche für die Betroffenen nicht in Kraft trat. "Viele wissen gar nicht, dass Vordienstzeiten aus anderen Beschäftigungsverhältnissen im Hinblick auf den Urlaubsanspruch anzurechnen sind, und dies vonseiten des Arbeitgebers zu erfolgen hat", so Markus Szelinger, Rechtsschutzsekretär der PRO-GE.

Aus dem Urlaubsgesetz. Bis zu 25 Dienstjahren erhalten Beschäftigte fünf Wochen Urlaub. ArbeitnehmerInnen, die schon länger in



60 Beschäftigte betroffen. "Es freut mich, dass uns die Geschäftsführung nun die Anrechnung der Vordienstzeiten für die Betroffenen zugesagt hat. Immerhin trifft es 46 ArbeiterInnen und 14 Angestellte", so der Betriebsratsvorsitzende Kurt Genser. Nur durch das Engagement des Betriebsrates in Zusammenarbeit mit der Rechtsabteilung der Gewerkschaft PRO-GE und nach Gesprächen mit der Geschäftsführung kommen die betroffenen MitarbeiterInnen nun doch in den Genuss der sechsten Urlaubswoche.

Werbeaktion im Ländle

67 neue Mitglieder in fünf Monaten

Über neue Mitglieder in der Firma GRASS in Götzis darf sich PRO-GE-Landesvorsitzender Norbert Loacker freuen. Im Rahmen des Vorarlberger Landesvorstandes besuchte auch Rainer Wimmer (Bild), Bundesvorsitzender der PRO-GE, das Unternehmen und warb während seines Betriebsbesuches persönlich neue Mitglieder. Am 18. Mai schaute auch noch der PRO-GE-Info-Bus vorbei, und das Ergebnis kann sich sehen lassen: "Die Kollegen haben an einem einzigen Tag in allen drei Schichten alle MitarbeiterInnen im Produktionsbereich besucht und beraten. 27 neue PRO-GE-Mitglieder hat diese Info-Bus-Aktion gebracht", erklärt Loacker. Somit ist es gelungen, nach 40 Neuwerbungen seit Jänner 2010, weitere 27 Mitglieder in der Gewerkschaft willkommen zu heißen.





Robert Hauser Leiter der Rechtsabteilung der PRO-GE

Alles was Recht ist!

Keine Überstundenohne Zuschläge

Die meisten ÖsterreicherInnen tun es jeden Tag: länger arbeiten. Überstunden wirken harmlos, haben es aber faustdick hinter den Ohren. Viele sind gesetzeswidrig. Worauf ArbeitnehmerInnen achten sollten, sagt uns der Rechtsexperte Robert Hauser.

LINKTIPP:

www.proge.at/recht

314 Mio. Überstunden haben die ÖsterreicherInnen allein im Vorjahr geleistet. Überstundenarbeit liegt vor, wenn die gesetzlich zulässige wöchentliche Normalarbeitszeit (40 Stunden) oder die tägliche Normalarbeitszeit überschritten wird. Im Unterschied dazu spricht man von Mehrarbeit, wenn Teilzeitbeschäftigte über das vertraglich vereinbarte Ausmaß arbeiten.

Gesetz beachten! Vom Gesetz her dürfen fünf Überstunden pro Woche ohne besondere Bewilligung geleistet werden. Dazu kommt ein Jahreskontingent von zusätzlich 60 Stunden. Auf jeden Fall ist das Arbeitszeitgesetz einzuhalten, laut dem grundsätzlich nicht mehr als zehn Stunden täglich und 50 Stunden wöchentlich gearbeitet werden darf. Der Arbeitgeber darf keine Überstunden anordnen, wenn ArbeitnehmerInnen "berücksichtigungswürdigen" Interessen nachgehen müssen, wie etwa Behördenwege, ein wichtiger Arzttermin oder Kinderbetreuungspflichten.

Keine Pflicht. Entgegen einer weit verbreiteten Meinung, muss der/die ArbeitnehmerIn nur bei betrieblichem Notstand und einer Vereinbarung im Arbeitsvertrag (kann auch mündlich erfolgen) Überstunden leisten, nicht aber bei betrieblichen Notwendigkeiten. Wird zum Beispiel ein Teil des Betriebes durch Hochwasser zerstört und es stehen dringende Sicherungsarbeiten an, muss der/die ArbeitnehmerIn nach Anordnung des Arbeitsgebers Überstunden leisten, auch wenn dies im Arbeitsvertrag nicht vereinbart wurde. Es handelt sich in diesem Fall um einen betrieblichen Notstand.

Zuschläge. Wer Überstunden leistet, muss diese grundsätzlich auch bezahlt bekommen. Durch eine Betriebsvereinbarung oder den Arbeitsvertrag kann auch Zeitausgleich vereinbart werden. Für Überstunden gebührt mindestens ein Zuschlag von 50 Prozent und Zeitausgleich im Verhältnis 1:1,5. In vielen Kollektivverträgen gibt es dank der Gewerkschaften bessere Überstundenzuschläge, zum Beispiel 100 Prozent für Nacht-, Feiertags- und Sonntagsüberstunden. In diesem Fall erhöht sich auch der Zeitausgleich auf zwei Stunden pro geleisteter Überstunde. Eine Vereinbarung, Überstunden nur im Verhältnis 1:1 abzugelten, ist nicht zulässig! Auch Teilzeitbeschäftigte erhalten seit 1. Jänner 2008 einen Zuschlag von 25 Prozent. Allerdings nur, wenn nicht innerhalb von drei Monaten Zeitausgleich konsumiert wurde. Bei Zeitausgleich wird Mehrarbeit im Verhältnis 1:1 abgegolten.

Keine Bezahlung? Werden die Überstundenzuschläge vom Arbeitgeber vorenthalten, müssen ArbeitnehmerInnen schnell reagieren. Die Zuschläge können zwar nachgefordert werden, allerdings sind die Verfallsbestimmungen in der Regel sehr kurz. Deshalb ist es besonders wichtig, unbezahlte Überstunden rasch beim Arbeitgeber schriftlich einzumahnen. Wurden die fehlenden Ansprüche rechtzeitig geltend gemacht, so können diese innerhalb von drei Jahren ab Fälligkeit des Anspruches gerichtlich eingefordert werden. Um im Streitfall die geleistete Arbeitszeit und die daraus resultierenden Ansprüche nachvollziehen zu können, sollte der/die ArbeitnehmerIn die geleistete Arbeitsleistung sorgfältig nach Datum, Beginn und Dauer, Art und eventuell Ort der Tätigkeit notieren.

Besonderer Schutz. Lehrlinge unterliegen besonderem Schutz! Bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres dürfen weder Lehrlinge noch jugendliche ArbeitnehmerInnen Überstunden leisten. Auch werdende und stillende Mütter dürfen nicht über die gesetzliche oder kollektivvertragliche Normalarbeitszeit hinaus beschäftigt werden.

Die ExpertInnen der PRO-GE-Rechtsabteilung stehen bei rechtlichen Fragen mit Rat und Tat unter der Tel.-Nr. (01) 534 44-69140 bzw. per E-Mail an recht@proge.at zur Verfügung.

PRO-GE

VERLAGSPOSTAMIT 1230 WIEN

Lieber früher z'haus als im Krankenhaus!

